

WV 28.2.20 4.12

**Libérale Runde:** Dr. Joachim Schneider spricht in der Alten Villa in Leutershausen über erneuerbare Energie / Es fehlen noch Speicherkapazitäten

# Kernenergie ist bei FDP nicht vom Tisch

Leutershausen. Technische Realisierung, Bezahlbarkeit sowie die Versorgungssicherheit in der Energieversorgung in Zeiten des Klimawandels – dies waren die Themen der Liberalen Runde der FDP. Ortsvorsitzender Andreas Mater freute sich über eine sehr große Resonanz zu dem Referat „Strom aus 100 Prozent erneuerbarer Energie: Wie geht das?“, das Dr. Joachim Schneider, Leiter des Arbeitskreises Energiepolitik der FDP Rhein-Neckar, hielt. Das ehemalige Vorstandsmitglied des Technologiekonzerns ABB und der ehemalige Präsident des Vereins Deutscher Ingenieure erläuterte die Situation in Deutschland. Dort entständen etwa zwei bis drei Prozent der weltweiten Emission des Treibhausgases Kohlendioxid – ein Wert, der durch das Einsparen von 35 Prozent der bundesweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen seit dem Jahr 1990 erreicht worden sei.

Einer der größten Erzeuger des

Treibhausgases sei die Energiewirtschaft. Eine Umstellung auf rein regenerative Energieformen bringe aber erhebliche Anforderungen an Gesellschaft und Wirtschaft mit sich, vor allem in Fragen der Versorgungssicherheit und der Ökonomie. Schneider nannte als Beispiel das Kohlekraftwerk in Mannheim. Dieses speise derzeit eine Leistung von rund 2000 Megawatt konstant in das Netz und versorge gleichzeitig rund 120 000 Haushalte in seiner Umgebung mit Fernwärme. Sollte dieses bei einem Ausstieg aus der Kohleenergieproduktion vom Netz genommen werden, müsse es eins zu eins mit rein regenerativen Energien ersetzt werden.

Aus Sicht einer sicheren Stromversorgung zu jeder Tageszeit sei dies bislang kaum möglich. Schließlich sei die Produktivität von Wind- und Solaranlagen im Gegensatz zu Gas-, Kohle- oder Kernkraftwerken stets von den Wetterbedingungen

abhängig. Eine Abhängigkeit, die bei „Dunkelflauten“ schon deutlich geworden sei, wenn nächtliche Windstille zu einem Versorgungsengpass bei Wind- und Solarstrom geführt hätten.

Hintergrund ist die temporäre Diskrepanz zwischen Stromproduktion und Bedarf. Strom müsse bei einem Verzicht auf konventionelle Kraftwerke in aller Regel entweder von eben solchen ausländischer Anbieter importiert werden oder eben zu dem Zeitpunkt produziert werden, an dem er auch benötigt werde.

In der Republik gäbe es mit sieben Pumpspeicherkraftwerken nicht die nötige Energiespeicherinfrastruktur, um temporäre Stromspitzen und Engpässe auszugleichen. Pumpkraftwerke nutzten Energieüberschüsse, um Wasser in höhergelegene Sammelbehälter zu pumpen. Bei Engpässen werden diese durch Turbinen talwärts geführt, um als Wasserkraft wieder in Strom

verwandelt zu werden. Dies sei einer der wenigen Möglichkeiten, Strom dauerhaft zu speichern. Die schwere Planbarkeit sei eine erhebliche Schwäche der regenerativen Energieformen. Das sei aber nicht das einzige Problem, dass die Energiewende mit sich bringe, sagte Schneider. Die Entwicklung hin zu regenerativen Energien, vor allem in der Windkraft, zwinge auch dazu, erhebliche Investitionen in das Leitungsnetz zu tätigen.

## Fehlende Leitungen

Um den Strom der hauptsächlich in Norddeutschland beheimateten Windenergiebetreiber in den Süden zu transportieren, müssten noch ausreichend Stromtransportkapazitäten geschaffen werden. Schneider wies in diesem Zusammenhang auf die hohe Bedeutung von Gaskraftwerken hin, versorgungssicher Strom zu erzeugen. Diese nutzten zwar fossile Energieträger, deren

CO<sub>2</sub>-Emission sei aber deutlich geringer als die von Kohle. „Auch über eine maßvolle Nutzung der Kernenergie könnte noch mal nachgedacht werden“, vermutete Schneider, der darauf hinwies, dass Deutschland das weltweit einzige Land sei, dass aus der Produktion von Kernenergie aussteige.

Ein taugliches Instrument, Klimaschutz, Energiebedarf, Ökonomie und Versorgungssicherheit unter einen Hut zu bringen, könne der Handel mit Emissionszertifikaten sein. Durch deren An- und Verkauf könne die Berechtigung zur Emission einer Menge CO<sub>2</sub> erworben werden, die in ihrer Summe die geplanten Gesamtemissionen Deutschlands repräsentieren. Schneider plädierte dafür, in Sachen Klimawandel strikte Regulierungen und Einschränkungen des Staates zu vermeiden und bedarfsgerechte und volkswirtschaftlich verträgliche Lösungen zu suchen.

uf